KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

06. Januar 2022

Am 23. Dezember hat ein Mann in einem kurdischen Gemeindezentrum im zehnten Arrondissement von Paris sowie einem Restaurant und einem Friseursalon gegenüber des Zentrums mehrere Schüsse abgefeuert und dabei drei Menschen getötet. Nach Angaben des kurdischen Dachverbands Demokratischer Kurdischer Rat in Frankreich (CDK-F) sind alle Opfer kurdische Aktivisten. Ermittlungen wegen vorsätzlicher Tötung und schwerer Gewalt auch aus rassistischen Gründen wurden eingeleitet. Der Verdächtige saß bereits wegen einer Attacke auf ein Pariser Flüchtlingslager im Gefängnis. Nach dem tödlichen Angriff haben zahlreiche Menschen in der französischen Hauptstadt protestiert; am 24. Dezember kam es dabei auch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Der französische Staatsrat hat Ende Dezember bestätigt, dass aus der Ukraine geflohene Ausländer nicht denselben „vorübergehenden Schutz" erhalten wie Flüchtlinge mit ukrainischer Staatsbürgerschaft. Die Aufenthaltserlaubnis, die im Rahmen des vorübergehenden Schutzes ohne Asylverfahren ausgestellt wird, beinhaltet u.a. ein unbeschränktes Recht auf Arbeit. Konkret hatten armenische Staatsbürger, die vor dem Krieg in der Ukraine ansässig waren, französische Verwaltungsgerichte angerufen. Der Staatsrat argumentierte, dass es keinen speziellen Erlass der französischen Behörden zur Ausweitung des Mechanismus auf andere Staatsbürgerschaften gibt.

Der Verfassungsrat bestätigte am 29. Dezember den Großteil des Haushaltsgesetzes der Regierung für 2023 und insbesondere die Modalitäten für die Anwendung des Artikels 49-3 der Verfassung. Artikel 49-3 ermöglicht es der Regierung, einen Gesetzestext ohne Abstimmung zu verabschieden und dabei ihre Verantwortung zu übernehmen. Premierministerin Elisabeth Borne hat für das Haushaltsgesetz 2023 zehnmal von diesem Verfahren Gebrauch gemacht, das in Haushaltsfragen unbegrenzt angewendet werden kann. Der Verfassungsrat entschied, dass das Änderungsrecht der Parlamentarier respektiert worden war und wies die Klage von Abgeordneten ab, die der Ansicht waren, dass Änderungsanträge „nicht behandelt" oder „auf die Tagesordnung gesetzt" worden seien. Schließlich erklärte das Oberste Gericht den Haushalt 2023 für „aufrichtig" und wies damit die Beschwerden von Abgeordneten zurück, die die Wirtschaftsprognosen der Regierung auf der Grundlage der Vorbehalte des Hohen Rates für öffentliche Finanzen in seiner Stellungnahme vom 21. September in Frage stellten. Der Verfassungsrat urteilte insbesondere, dass die dem Haushalt zugrundeliegende Wachstumsprognose von 1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2023 nicht mit der Absicht behaftet ist, „die Grundzüge des Gleichgewichts des Haushaltsgesetzes zu verfälschen".

Mit Beginn des neuen Jahres ergeben sich für die französischen Bürger zahlreiche Änderungen. Eine Anhebung des Mindestlohns und der Renten sowie die vollständige Abschaffung der Wohnungssteuer stehen für das Jahr 2023 auf dem Programm. Um auf die Inflation zu reagieren, steigt der Mindestlohn um 1,8 %. Der monatliche Mindestlohn erhöht sich automatisch auf 1.353 Euro netto bei 35 Stunden pro Woche, eine Steigerung von 24 Euro gegenüber der letzten Erhöhung im August 2022. Die Mindestrenten steigen um 0,8 %. Dies ist die dritte Erhöhung innerhalb eines Jahres. Diese Maßnahme betrifft 14 Millionen Rentner.

Am 19. Dezember hat der französische Präsident Emmanuel Macron den Soldaten auf dem Flugzeugträger Charles de Gaulle im Rahmen der traditionellen Weihnachtsfeier mit der französischen Armee einen Besuch abgestattet. Das Schiff befindet sich derzeit vor der ägyptischen Küste. Letztes Jahr war ein Besuch des Präsidenten bei den Streitkräften in Mali geplant gewesen. Aufgrund der schwierigen Lage im Land war der Besuch jedoch im letzten Moment abgesagt worden. Macron, der auch auf der Charles de Gaulle übernachtete, reiste nach Jordanien weiter um an der 2. Bagdad-Konferenz für Zusammenarbeit und Partnerschaft teilzunehmen.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat in seiner Neujahrsansprache seine Prioritäten für das Jahr 2023 vorgestellt. Darüber hinaus sicherte er der Ukraine erneut seine Unterstützung zu und sagte er, sein

Land werde Kiew auch im neuen Jahr bis zum Sieg zur Seite stehen. In seinen Neujahrswünschen für das Jahr 2023 betonte Emmanuel Macron die Einheit und Stärke Frankreichs. Das Land, das seiner Meinung nach „geeint und solidarisch“ ist, könne die verschiedenen Krisen, mit denen es konfrontiert ist, überstehen. Er ging dabei konkret auf die Covid19-Pandemie und die derzeitige Energiekrise ein. Der Präsident sprach auch über die Rentenreform, deren Text bereits am 10. Januar vorgelegt werden soll. „Wir müssen mehr arbeiten [...] Das Ziel ist es, unser umlagefinanziertes Rentensystem zu konsolidieren“, erklärte er. Er wolle den künftigen Generationen ein „gerechtes und solides Sozialmodell“ übergeben, so Macron. Die Rentenreform werde schnell eingeleitet und „ab Ende des Sommers“ umgesetzt.

Frankreichs Verteidigungsminister Sébastien Lecornu reiste am 28. Dezember nach Kiew, um die weitere militärische Unterstützung für die Ukraine zu diskutieren. Er betonte, dass die französische Regierung unermüdlich hinter der Ukraine stehe, während man sich bemühe, auf dem Verhandlungsweg ein Ende der russischen Invasion zu erreichen. Lecornu reiste aus Polen, wo er den Verkauf von zwei französischen Militärsatelliten ankündigte, in die ukrainische Hauptstadt. In Kiew legte Lecornu einen Kranz an einem Heldendenkmal nieder, um den Ukrainern zu gedenken, die bei der Verteidigung ihres Landes gegen die russische Invasion gefallen sind. Es kam zudem zu einem Treffen mit Präsident Wolodymyr Zelenskij, dem ukrainischen Verteidigungsminister Oleksij Reznikow und Vertretern der Armee.

Frankreich weitet seine militärische Unterstützung für die Ukraine aus. Staatschef Emmanuel Macron sagte seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Zelenskij die Lieferung leichter Kampfpanzer zu. Der AMX-10 RC, ein Radpanzer mit Kanone, wird vor allem zur Aufklärung eingesetzt. Wie viele Panzer Frankreich der Ukraine übergeben wird und wann diese Übergabe stattfinden soll, wurde bisher nicht mitgeteilt.

Der französische Botschafter ist in Burkina Faso nicht mehr willkommen. Laut einer offiziellen französischen Quelle forderte das Außenministerium des Sahel-Landes, das seit Januar 2022 Schauplatz zweier Staatsstreiche war, in einem Ende Dezember versandten Schreiben die Ablösung von Luc Hallade. Hallade ist seit Ende 2019 im Amt. Der Inhalt dieses Schreibens sickerte am 2. Januar in den sozialen Netzwerken durch und wurde der Tageszeitung Le Monde von einer burkinischen Regierungsquelle bestätigt. Eine konkrete Begründung gibt es nicht, und Frankreich hat die Forderung noch nicht kommentiert.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Jean Rottner kündigte am 20. Dezember seinen Rücktritt als Präsident der Region Grand Est zum Ende des Jahres 2022 an. „Familiäre Gründe leiten diese schwere Entscheidung“, erklärte der Politiker der Partei Les Républicains in einer Pressemitteilung. Der Notarzt Jean Rottner hatte sich während der Gesundheitskrise rund um die Covid19-Pandemie landesweit Gehör verschafft. Er stand seit 2017 an der Spitze der Region Grand Est.

DIE ZAHL DER WOCHE

Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in Frankreich bestätigt sich. Die französische Bevölkerung wuchs zwischen 2014 und 2020 jedes Jahr um durchschnittlich 0,3%, gegenüber 0,5% zwischen 2009 und 2014, wie aus den Zahlen des französischen Statistikamtes Insee hervorgeht. Das Wachstum der französischen Bevölkerung schwächt sich in fast allen Regionen aufgrund eines geringeren natürlichen Saldos (Anzahl der Todesfälle abzüglich der Anzahl der Geburten) ab. Die Bevölkerung wuchs im städtischen Raum doppelt so schnell wie im ländlichen Raum (durchschnittlich +0,4 % pro Jahr im Vergleich zu +0,2 %).

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich